Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
Bollschwandlung
Göttingen-Zürich.
Verfassungen
Franco gegen Franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz fallen
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Abonnements
werden nur beim Verlag und
bei den beauftragten Agenten ein-
genommen und zwar zur
voraus zahlbaren
Vierteljahrespreisen von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kontingent
Nr. 1.) — für Deutschland (Kontingent
Nr. 2.) — für Österreich (Kontingent
Nr. 3.) — für alle übrigen Länder
Welpolsterpreis (Kontingent)
Inserate
Die Preisliste ist gratis
25 Ggr. — 20 Wfr.

Nr. 15.

Donnerstag, 6. April.

1882.

Preis an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Österreich verboten ist, begnügt man sich, den Inhalt der Briefe zu kontrollieren, und die Briefe, welche von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Verbindungen nach dort abzusenden, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Rücksichtnahme betätigt werden. Die Briefmarken über den mehren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu fälschen, Souveränitätsverstoß ist gegen einseitig, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst abzusenden, sondern es möglichst an irgend eine unverschämte Adresse außerhalb Deutschlands und Österreichs zu senden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch und möglichst unverfängliche Postsendungen zugelassen werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größter Sicherheit Kommunikation. Geben an und legt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Unsern Abonnenten in der Schweiz

zur gef. Kenntniß, daß wir diejenigen bisherigen Abonnenten, welche die Annahme unseres Blattes seit Beginn dieses Quartals nicht ablehnten, auch für das laufende Quartal als Abonnenten vortragen und Nachnahme mit Nr. 17 erheben werden, sofern bis zum 15. ds. M. die betreffenden Abonnementsbeträge nicht eingesandt wurden.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Ostern!

Die Gläubigen, Juden wie Christen, feiern in den ersten Tagen des Frühlings das Osterfest, das Fest der Auferstehung, der Erlösung.

Man hat dieses Fest in Zusammenhang gebracht mit dem Erwachen der Natur nach den kalten und rauhen Tagen des Winters. Wenn die Erde aus langem Schlaf aufzuwachen scheint und in Wald und Feld, auf Wiesen und in Wässern neues Leben sich regt, dann fühlt auch der Mensch freudiger und lebhafter, und je inniger sein Leben, sein Wirken mit dem Wirken der Natur in Verbindung steht, um so mehr wird er das Eintreten des Frühlings mit einem Fest der Freude beginnen.

Die Juden feiern das Fest der Befreiung aus der ägyptischen Sklaverei. Die Sage, welche uns die Bibel in dieser Beziehung überliefert hat, muthet uns heute ganz eigenthümlich an. Das jüdische Volk, welches in Ägypten die härtesten Frohdienste verrichten muß, befreit sich aus der Knechtschaft, indem es seinen Peinigern — davonläuft und unter den schwersten Entbehrungen das gelobte Land sucht, wo Milch und Honig fließt. Auch heute sehen wir Tausende und Abertausende diese Art der Befreiung nachahmen. Aus allen Ländern der alten Welt der Sklaverei und des Kapitalismus zieht das Volk in Schaaren fort, das Land zu suchen, wo seine Arbeiten auch Früchte tragen, wo es nicht nur schaffen und immer wieder schaffen muß, sondern auch des Ertrages seiner Arbeit sich erfreuen darf. Die Proletarier unserer Tage aber finden das Land, wo Milch und Honig fließt, nicht, überall, wohin sie den Schritt wagen, treffen sie den nämlichen Zwingersherrn an, dem sie in der Heimath entflohen, ebenso grausam und unerbittlich wie in Europa schwingt der Kapitalismus die Hungerpeitsche in Australien, in Afrika, in Amerika.

Die jüdische Ostern bieten dem Proletarier des 19. Jahrhunderts kein tröstliches Beispiel.

Ebenso wenig freilich das Ostern der Christenheit. Wenn die Juden mit ihrem Feste wenigstens eine Vorstellung verbinden, die zu fruchtbarer Vergleichung anregt, so hat die christliche Osternfeier etwas wahrhaft Niederdrückendes. Die ganze Menschheit wird zu Sündnern herabgedrückt, damit ein Einzelnr, der menschlich fühlt wie sie, durch einen furchtbaren Opfertod sie von der Last dieser Sünden befreie.

Welch eine finstere Denkweise, die den Menschen als von Natur aus schlecht und verderbt hinstellt, ihm sein bloßes Dasein als Verbrechen anrechnet, und es zuläßt, daß ein Unschuldiger für die Sünden Anderer duldet! Und wie diese Sünden nur vermeintliche sind, so ist auch die Erlösung nur eine vermeintliche. Das darben, leidende Volk wird verdrückt auf das Jenenseits. Die Erde ist ein Jammerthal, kammert Euch nicht um das irdische Leben, erst wenn sein sündiger Körper zu Staub geworden, harrt des Gläubigen die Befreiung! So ruft das Christenthum den Proletariern zu, wenn sie ihr Joch abzuschütten wägen machen. Thut Buße und laßt Euch, und wartet auf die himmlische Gnade und die irdische Barmherzigkeit — das ist die Erlösung des Christenthums.

Finster nannten wir diese Denkweise, und sie ist es wahrlich, was man den Arbeitern auch heute vorschwatzen möge. Jahrhundertlang sind die Arbeiter mit der christlichen Jenenseitslehre hingehalten worden, und erst als sich das Proletariat endlich aufraffte und derzweifelnd ausrief: Jenenseits hin, Jenenseits her

Aus dieser Erde quillen meine Freuden
Und diese Sonne scheint meinem Leiden,
ich will hier auf Erden glücklich sein, und fordere das nicht als Gnade, sondern als Recht! — da gingen die Männer Gottes hin und erfanden das „praktische Christenthum“, jene wunderbare Sozialtheorie, die regelmäßig, wenn sie „praktisch“ angewendet werden soll, das Gegentheil von dem zur Folge hat, was sie angeblich bezweckt. Es ist die Zweideutigkeit der christlichen Religion, welche diese Erscheinung zeitigt. So konnten noch in diesem Jahrhundert in Amerika fromme, christliche Priester die Sklaverei verteidigen, den Versuch, sie aufzuheben, als ein Verbrechen gegen die göttliche Weltordnung verdonnern, während man

uns vormachen will, es sei das Christenthum, welches die Sklaverei abgeschafft habe. So verteidigen heutige christliche Priester die nicht minder verwerfliche Lohnsklaverei, die Folge der heutigen Eigenthumsordnung, als eine „göttliche“ Einrichtung. Angeblich der Trost der Entbitten, ist das Christenthum thätig die Stütze der Reichen und Mächtigen, es verweist die Masse auf Faktoren, die außer ihr selbst liegen. Der Erlöser kommt von oben her, Einer opfert sich hin, um Alle zu retten. Das klingt sehr poetisch, aber solange die Masse auf Rettung durch fremde Hilfe hofft, anstatt die Kraft in sich selbst zu suchen, solange wird sie vom sozialen Elend nicht befreit werden.

Jüdisches Passah und christliche Ostern sind, selbst wenn wir sie vom rein menschlichen Standpunkte betrachten, keine erhebenden Feste für das arbeitende Volk. Und nehmen wir sie als symbolische Deutungen der Feier des Frühlings, so können wir sie noch weniger gelten lassen.

Das ist ein schlechter Frühling, der die Reste des Winters mit herübernimmt. Erst müssen die rauhen Stürme des März rücksichtslos über das Land dahingebraust sein, ehe die Natur ihr volles Erwachen, die Erde ihre wahre Auferstehung feiert. Und so wird die volle Befreiung nicht möglich sein ohne rauhe Stürme, die rücksichtslos Alles aus dem Wege räumen, was ihrer Entfaltung im Wege steht.

Nicht im Jenenseits hat das Proletariat seine Erlösung zu erstreben, sondern im Diesseits, nicht seinen Unterdrückern zu entziehen, sondern sich ihrer zu entledigen, nicht in der Ferne das gelobte Land zu suchen, sondern dasselbe in der Heimath zu errichten. Nicht auf einen Moses, nicht auf einen Messias darf es warten, in sich selbst muß es die Kraft zu seiner Befreiung fühlen.

Das ist der Gegensatz zwischen dem Ostern der Vergangenheit und dem Ostern der Zukunft. Immer mächtiger erwacht in der Masse der Gedrückten und Ausgebeuteten der Drang nach dem Letzteren, immer stärker wächst die Zahl derer an, welche entschlossen sind Alles zu thun, um es herbeizuführen. Je strenger der Winter, um so gewaltiger werden die Stürme sein, welche ihm den Varaus machen, und je mehr es die Baronen von heute darauf anlegen, daß der Weg zur Befreiung des Proletariats durch das rothe Meer führt, um so sicherer können sie darauf rechnen, daß schließlich sie es sein werden, welche mit all' ihrer Herrlichkeit darin elendiglich erlaufen werden!

Der Sozialismus und die Judenfrage in Rußland.

II.

Der Einfluß der Judenverfolgung auf die Juden.

Zu der ganzen russischen Gesellschaft haben es nur einige christliche Liberale und die Organe des sozialistischen „Tschorny Peredel“ gewagt, einen humanen und vorurtheilsfreien Standpunkt in der Judenfrage geltend zu machen.

Kamentich brachte das „Zerno“ (Same), eine für die Arbeiter in sehr populärer Weise geschriebene Zeitschrift des „Tschorny Peredel“ einige ausgezeichnete Bemerkungen, in denen die Massen an das Unmenschliche und Widerwärtige des Massenhaßes gemahnt wurden. Dagegen blieben die meisten liberalen Organe, und mit ihnen leider die „Narodnaja Wolja“ (das Organ des Exekutivkomite's), indifferent den brutalen Massenverfolgungen der Juden gegenüber. Die „Narodnaja Wolja“ erklärte rüdweg, daß sie die Judenverfolgungen als den Anfang der sozialen Revolution betrachte und sich nicht anders als zustimmend zu dieser volkstümlichen Bewegung verhalten könne. Eine Proklamation in ukrainischer Sprache (die erste populäre Proklamation für den Süden Rußlands bestimmt) forderte im Namen des Exekutivkomite's offen zur Plünderung und Vertreibung der Juden auf. Ein solches Verhalten des leitenden Organs der mächtigsten Revolutionspartei ist um so ungerechtfertigter, als unter den Revolutionären Rußlands sich stets die Juden als thätige Mitstreiter bewährt haben, und noch bis heute Hunderte jüdischer politischer Verbannter und Securiteitsler auf den Eisfeldern und in den Bergwerken Sibiriens und in den Kerker Rußlands schmachten, die ihr Gut und Blut für die allgemeine Sache des Proletariats opfereten und noch opfern.

Unter der jüdischen studirenden Jugend ist eine tiefe Bewegung im Gange behufs Propaganda der sozialistischen Grundzüge unter ihren Stammesgenossen. Komites werden gebildet, Kolonisationsprojekte angestrebt. Vor einigen Wochen wurde für alle russischen Juden ein Fasttag ausgeschrieben; in den Synagogen wurden Versammlungen abgehalten, bei denen die Vertreter der Jugend auf die versammelten Massen Ansprachen hielten und ihnen erklärten, daß sie, die Intelligenzen, bereit seien, mit den Massen ihre Leiden zu theilen und ihnen in der jetzigen Zeit der Noth mit Rath und That beizustehen. Die Massen janzigten den Rednern förmlich zu, und ganze Versammlungen brachen in lautes Schluchzen aus vor Mithung und Erregung.

Alle diese Ereignisse und Bedrängnisse haben neben dem ungeheuren Elend, welches sie zur Folge hatten, wenigstens eine gute Folge gehabt. Sie haben nämlich unter den russischen Juden einen geistigen und ökonomischen Umschwung hervorgerufen, der von höchster Bedeutung ist für die Zukunft der Juden einerseits und auch nicht ohne Ein-

*) Neuesten Nachrichten zufolge hat die „Narodnaja Wolja“ in der Nr. 8 einen prinzipielleren Standpunkt in dieser Sache genommen.

fluß sein wird auf den Gang der Dinge in Rußland. Unter den Juden Rußlands und Polens, die bekanntlich eine Bevölkerung von mehr als 3 Millionen Seelen ausmachen, also das stärkste Kontingent der Juden in der Welt, ist eine energische Bewegung zu Gunsten der produktiven Arbeit und Thätigkeit entstanden: in allen Städten sind Vereine und Assoziationen zur Förderung der produktiven Gewerbe und physischen Arbeit und zur Verdrängung des müßeligen Erwerbes im Entstehen. Andererseits entstehen allerorten Sekten und rationalistische Gruppen, die eine Abschüttelung der veralteten Gebräuche und Sitten und der zwecklosen Religionsfahrungen anstreben, wobei der Grundton überall die soziale und ethische Regeneration ist. Die Massen wenden sich mit Absehen von dem Parasitismus und Vermittelungsahndel, der ihnen durch ihre rechtliche und soziale Stellung förmlich aufgezwungen worden war.

Die russische Bevölkerung in den Distrikten, auf welche die Juden in Rußland beschränkt sind, zerfällt ihrer sozialen Stellung nach hauptsächlich in zwei Theile: die produktiven Bauern, die vollständig unbeholfen sind, wenn es sich um den Absatz der Produkte handelt, und die unproduktiven Gutbesitzer, die großen Eigenthümer, die es wohl verstehen, die ihnen müßeligen in den Schooß fallende Frucht zu verzehren, denen aber ebenfalls das Verstandniß und die Lust zum Auffinden des geeigneten Absatzmarktes für die ihnen gehörenden Produkte — Korn, Weizen, Holz — fehlt. Die natürlichen Vermittler zwischen diesen beiden Faktoren und dem Absatzmarkt sind die Juden. Daß sie dabei nicht Alle reich werden konnten, wird begreiflich, wenn man bedenkt, daß die Juden zwangswise an einen Landstrich gebunden waren, den sie nicht überschreiten durften, und sich dabei in allen Zweigen des Erwerbes gegenseitig eine erbitterte Konkurrenz leisteten; es herrschte infolgedessen unter der Mehrzahl der handeltreibenden Juden ein auffallendes Elend und die bittere Noth. Es ist von einer Anzahl offizieller und sonst glaubwürdiger Berichterstatter konstatiert worden, daß in einzelnen Familien jüdischer Handeltreibender 2—3 Tage in der Woche regelmäßig gefastet wird, natürlich aus Mangel an Verdienst. Wie wird nun aber dieses Elend noch größer werden müssen, wenn Viele, die bisher Handel und Vermittlung getrieben haben, sich auf Hauswerke oder gar landwirthschaftliche Beschäftigung werfen werden! Schon jetzt gibt es im Süden von Rußland 22,000 ackerbauende Juden, die 13,196 Dessjatin Boden (1 Dessjatin = 4 preussische Morgen) bearbeiten; in den Städten bilden sie die Hälfte der Handwerker. Wo soll eine solche Masse von Arbeitern, wo die Industrie nach so im Argen liegt und der allgemeine Wohlstand auf einem so niedrigen Niveau sich befindet, ihre Verwendung und ihren Absatz finden? Da sie nach den Befehlen innerhalb eines gewissen Landstriches bleiben müssen, so werden sie sich gegenseitig eine aufreibende Konkurrenz machen.

Man sieht, die Situation ist eine höchst peinliche und ausichtslose, und da wird man sich wohl nicht wundern, wenn im ganzen Lande eine mächtige Strömung zu Gunsten einer Auswanderung und neuen Ansiedelung im Großen sich kundgibt, die den Zweck hat, den undankbaren und blutgetränkten Boden Rußlands zu verlassen und einen Ort aufzusuchen, wo die Juden ein eigenes Heim sich bilden und zu vollberechtigten Bürgern werden können. Zwei Punkte werden in dieser Hinsicht als die geeignetsten diskutiert, Amerika und Palästina, und aus verschiedenen Punkten des Landes gehen Delegirte nach diesen Ländern, um dieselben in jeder Hinsicht zu erforschen. Natürlich machen diese Delegirten auf ihren Reisen die schlimmsten Erfahrungen, indem sie überall wohl salbungsvolle Redensarten und Versprechungen zu hören bekommen, werththätige Hilfestellung aber sehr selten sehen.

Die russischen Sozialisten jüdischer Herkunft wollen nun keineswegs den stichtersicheren Leiden ihrer Stammesgenossen kaltblütig zusehen. Sie wollen ihre in Noth und Elend befindlichen Brüder den Brutalitäten der infamsten Regierung der Welt nicht preisgeben. Andererseits finden sie in dem geistigen Umschwunge und dem leidenschaftlichen Bestreben nach sozialer und intellektueller Reform, die sich in der Mitte ihrer Brüder in Rußland kundgeben, den Boden wie noch nie geeignet zu einer energischen Propaganda und Agitation für die besten Jnden der Menschheit, für den Arbeitersozialismus. Immer mehr und mehr thun sich jüdisch-russische Sozialisten zusammen, um ihre Thätigkeit den eigenen Stammesbrüdern zuzuwenden. An Vorkämpfern zu einer solchen Agitation unter den russischen Juden fehlt es ja nicht: Liebermann, dessen Name aus seinen Prozeß in Wien und Berlin im Jahre 1878 bekannt ist, hat die Grundlage dazu gegeben. Ein spezielles Organ wird geschaffen, eine Literatur gebildet und eine vielversprechende fruchtbare Agitation ins Werk gesetzt werden müssen. Diese Partei wird auf die Sympathien und Theilnahme der internationalen Sozialisten allerorts rechnen können.

Duellschwindel und Standesehre.

Die Zeitungen wimmeln von Berichten über allerhand Duelle, meist tödtlichen Ausganges. Es herrscht eine wahre Sucht unter den Mitgliedern der „gebildeten“ Klassen, wegen der geringsten Lappalien einen blutigen Zweikampf zu provozieren. Die „aufgeklärten“ Herrschaften greifen mit Vorliebe auf diesen Rest der mittelalterlichen Gottesgerichte zurück, und wer vernünftig genug ist, sich auf diesen Schwindel nicht einzulassen, gilt als „unehrenhaft“. Bezeichnend ist es, daß der fromme preussische Kultusminister, Herr von Gögler, im preussischen Landtage ganz offen für die Duelle eintrat, wegen des „ritterlichen Charakters“, der ihnen zu Grunde liege, während die Gesetze, welche zu hüten Herr Gögler beschworen hat — „so wahr mir Gott helfe“ — das Duell verbieten.

Beiläufig auch ein erhebendes Beispiel von der Heiligkeit des Eides! Selbstverständlich hat der Minister für diese Erklärung „begeisterte“ Zustimmungsbriefen von der auf den Universitäten herumlungern den Blüthe unserer Bourgeoisie erhalten. Allen voran die deutschen Studentenverbindungen in Prag, die auf diese Weise den Böhmen ihre höhere Kultur wieder einmal schlagend nachgewiesen haben. Am schamlosesten aber wird der Duellschwindel in der Armee betrieben. Dort befehlen für die Herren Offiziere besondere Militär-Ehren-

Verichte, an ihrer Spitze als höchste Instanz der deutsche Kaiser, welche den Offizieren das Duell rundweg zur Pflicht machen, sobald die „Ehre“ dieser Herren nur im geringsten angetastet wird, bei Strafe der Entlassung. Und welche sonderbare Begriffe von „Ehre“ in diesen „Ehren“gerichten obwalten, dafür liegt uns ein kurioses Schriftstück vor, dessen wesentlichen Inhalt wir schon deswegen unsern Lesern nicht vorenthalten wollen, weil die Sache vor wenigen Wochen einen höchst charakteristischen Quasi-Abschluß gefunden hat.

Im Jahre 1878 hatte ein Lieutenant L. des 9. bairischen Infanterieregiments in Würzburg an den Studenten H., den er für seinen Freund hielt, eine Wette auf vier Flaschen Sekt verloren. Verhindert, am selben Abend die Wette auszumachen, ließ er sich durch einen Kollegen entschuldigen und stellte sich am nächsten Abend auf der Kneipe ein, seiner Verpflichtung nachzukommen. Sein Anerbieten wurde nun aber mit einer banalen Phrase abgelehnt, worauf L. erklärte, das Geld für den verlorenen Wein beim Wirt zu deponieren, die Herren mögen denselben trinken, wenn es ihnen beliebt. Am Tage darauf erhielt L. einen Brief des H., in welchem ihm vorgeworfen wurde, daß „er seine Pflichten als Offizier nicht leugne und auch nicht zu wahren wisse“.

Durch einen mit H. befreundeten Kollegen, den Lieutenant H. o., ließ L., der seinen Augen nicht traute, seinen bisherigen Freund anfragen, ob der Brief wirklich von ihm herrühre, er könne an eine solche „Perfidie und Unerschämtheit“ nicht recht glauben. Die Folge war eine Anforderung, diese Knoddrücke zu revozieren und deprecieren (zurücknehmen und abbiten), d. h. das Jugendsündlich, daß der Brief echt sei. Daraufhin war L. als Offizier gezwungen, um seine „Ehre“ wieder herzustellen, seinen ehemaligen Freund auf Bischofs zu „fordern“. Es spielen nun noch eine Reihe von Zwischenacten, bei denen namentlich „Kamerad“ H. o. sich im schönsten Lichte zeigte, und die damit enden, daß der inzwischen auf's Neueste erregte L. darauf einging, seinem Gegner das Recht der Erstforderung zu überlassen, damit die Sache überhaupt zum Austrag käme.

Am Abend vor dem beabsichtigten Duell kam plötzlich und unerwartet der Befehl, daß am Sonntag Vormittag 10 Uhr sämtliche Offiziere der Garnison dem neuangeworbenen General Grafen Verri della Boffa vorgestellt werden sollten. Nun konnten von dieser Vorstellung unmöglich L. als Pantant, ein Offizier als Sekundant, ein Offizier als Zeuge, ein Offizier als Unparteiischer, Lieutenant H. o. als Sekundant des H. und der Bataillonsarzt als Arzt L.'s wegstellen, weshalb L. wie auch sein Sekundant und der unparteiische des H. oder einen seiner Freunde an den verschiedensten Orten aufsuchten, um ihn zur Vermeidung des Duells von Sonntag 10 Uhr auf Nachmittags 2 Uhr zu bewegen. L. traf endlich H. o., theilte ihm sein Anliegen in Gegenwart fast der ganzen Studentenverbindung Aelphia mit, und vor dieser Gesellschaft erklärte H. o., was er später eidlich ablegnete, daß H. damit einverstanden sei. L. begab sich nun beruhigt auf die Kneipe des Corps Bavaria, wo ihm plötzlich mitgeteilt wurde, daß H. ihn für „satisfaktionsunfähig“ erklärt habe, folglich sich auch nicht mit ihm schlagen werde.

Und nun kommt die Sache vor das Militär-Ehrengericht. L. wird vorläufig suspendirt, seine eiderne Entlassung aber wegen der im Gefolge enthaltenen Motivirung — Nachweis des parteiischen Vorgehens des „Ehrengerichtes“ — verweigert. Das „Ehrengericht“ ladet nur Belastungszeugen vor, auf die Erklärung L.'s, daß die Aussagen des Lieutenant H. o. ller auf Pflicht, Ehre und Dienst eids falsch sind“, antwortet der damalige Premierlieutenant Biedemann kurzweg: „Das macht ja gar nichts zur Sache!“ L. wird „der Verletzung der Standesehre für schuldig“ erklärt und seine Entsetzung aus dem Offiziersstande gefordert, Ludwig, der gottbegnadete Monatsheftreiter, befehligt das Urtheil, indem er es durch den Zusatz verhäßt „Verletzung der Standesehre unter erschwerenden Umständen“.

Alle Schritte, welche der auf diese Weise für ehrslos erklärte L. versuchte, um zu seinem Rechte zu gelangen, waren erfolglos. Die heilige Eehme hatte gesprochen, sie ist so unerschütterlich wie der Papst, so „unverleßlich“ wie der König, denn — der Vorgesetzte hat immer Recht!

„Was nützte es L., heißt es wörtlich in dem uns vorliegenden Schriftstück, den man nicht nur allein Standesvorurtheilen, sondern ein gut Theil auch der Freigiebigkeit geopfert habe — waren doch die Standale mit den Studenten unabsehbar, wenn man dem Manne sein Recht widerfahren ließ! — daß er, nachdem man ihm Ehre und die Ehre — vor den feinstich denkenden Menschen — und das sind doch die meisten — genommen, ja geradezu geraubt hatte, um die Mittel zur Gründung einer neuen Existenz hat? — Nichts! Brutal, wie ein gemeiner Verbrecher, wurde der vom Kostengeist und der verlotterten Gesellschaft, die einen „Ehrenrath“ unter sich bildete, dem „der Weined eines Kameraden nichts zur Sache macht“, Geschickte stets vom Kriegsminister abgewiesen. Vom Kriegsminister, denn an den König kamen die Beschwerden ja nicht!

Und wenn sie an ihn gekommen wären, würde der Mann, dem sein lächerlicher Stolz verbietet, mit seinem Kabinettssekretär die gleiche Luft zu atmen, das Unrecht, das er durch Verschärfung des schon ohnehin unrichtigen Urtheils begangen hatte, auch einzusehen? Schwerlich!

Warum aber hege man L. sein gutes Recht vorenthalten? Weil er, anstatt allerunterthänigst und treuehuldig zu bitten, das was ihm gebührte, forderte, weil er keinen Anstand nahm, Vergleiche zu ziehen zwischen der ihm und Anderen, die mit Hochdruck-Protelle dienen, widerfahrenen Behandlung anzustellen, weil er darzubilden ließ, daß er sein Recht sich nehmen werde, wenn man es ihm nicht gebe.

Der Kriegsminister aber, eingebend der Jesuitenmoral: „Wen man zum Schweigen bringen will, den muß man deapaupeirisiren“, wollte gebeten, unterthänigst gebeten sein und vorenthalte das Recht.

Endlich, um dem vollen Ruin zu entgehen, entschloß sich L., zu bitten; das sollte seine letzte Bitte sein an Leute dieses Schlages.

Und nun, nachdem er fast vier Jahre unter den Folgen jenes Urtheiles lächerlich gelitten, gepöhrte man ihm zur Gründung einer Existenz einen monatlichen Subsistenzgehalt von 20, sage und schreibe zwanzig Mark auf zwei Jahre!“

Die „Ehre“ des bairischen Offiziersstandes ist also wieder hergestellt. Einer der Wiederhersteller dieser Ehre aber, der damalige Premierlieutenant und inzwischen zum Hauptmann avancirte „Ehrenrichter“ Biedemann ist vor einigen Wochen unter Zurücklassung enormer „Ehrenschulden aus Würzburg entflohen, um sich der Bestrafung wegen Schändung kleiner Mädchen zu entziehen!

Nicht wahr, es ist Etwas Herrliches um diese — Standesehre? Da kommen sie in geschlossenen Konventikeln zusammen, und je nachdem Einer hohe Verwandte oder allerhöchste Protection hat, werden die christlichen Handlungen vermehrt. Handelt es sich aber um einen armen Teufel, dann wird er um des geringsten Formfehlers willen der „Ehre des Standes“ zum Opfer gebracht. Ein Pharisäerthum scheußlicher Art macht sich da breit, und der große Haufe glaubt an den Schwandel und läßt ihn nach. Daher das Anwachsen des Duell-Infuges.

Wir aber lassen uns von dem mythischen Dunst, mit welchem sich diese europäische Chinesen umgeben, nicht nasführen, sondern wollen alles daransetzen, das leuchtendste Klauenwesen, welches hinter diesen „Ehren“ n. Gerichten steht, dem Volke in seiner nackten Gestalt zu zeigen.

Nieder mit dem Chinesenthum von Standesehre!

Heimgeluchtet!

Eine gar erbauliche und lehrreiche Historie.

Matto:

So ist einer von diesen Lumpenganden wieder einmal gründlich abgehigt.

Genosse Christian Waiblinger schreibt uns aus Frauenfeld, den 28. März:

Mit welcher unverschämter Dummheit oder dummem Unverschämtheit unsere deutschen Reichspolitikerinnen ihr sauberes Handwerk betreiben, mögen die Genossen aus Folgendem ersehen. Heute Nachmittag kam ein Knabe zu mir mit dem Auftrage, ich möchte gefälligst zu einem Herrn Lemke in eine bezeichnete Wirthschaft kommen. Sehr erfreut, wieder einen alten Genossen zu treffen, beiste ich mich, dessen Wunsch nachzukommen; aber zu meinem nicht geringen Erstaunen stellte sich mir statt des stattlichen Lemke ein hochfeines Subjekt vor, welches in jeder Bewegung den deutschen Politiker durchblicken ließ! Auf meine Frage, ob er denn ein Bruder des derzeit in London sich aufhaltenden Genossen G. Lemke sei, erklärte er mir, daß er der Betreffende selbst sei und sich seit acht Tagen in Zürich aufgehalte. Und in der That zeigte er mir die Ausweisungsordre, auf Verinand gefeßt, vor, ausgestellt auf G. Lemke, Richter, und unterzeichnet vom Berliner Polizeipräsidenten, Datum 15. Mai 1879. Da ich G. Lemke auf einer Generalversammlung in Dresden persönlich kennen gelernt hatte, so mußte ich sofort, daß ich einen Spion vor mir hatte.

Nachdem ich mich ihm recht vertraulich gezeigt hatte, plagte er mit seinen Verlangen heraus, weshalb er angeblich von Zürich gekommen sei. Da er sich nur noch eine Stunde aufhalten konnte, indem er in Winterthur sich zu lange aufgehalten hätte, so mußte er mir die Sache kurz sagen, und schaute dabei stets auf die Uhr. Am letzten Sonntag Abend wären die Genossen Fischer, Rorz und Krüger mit der Redaktion des „Sozialdemokrat“ eine bedeutende Wette eingegangen; sie hätten nämlich erklärt, innerhalb drei Tagen herauszubekommen, wie viele Exemplare des „Sozialdemokrat“ durch Vermittlung der Genossen in Winterthur, Frauenfeld, Konstanz, Nordsach und Schaffhausen ins Reich befördert werden und an welche Adressen. Ich erwiderte ihm, daß von hier mehrere Hundert weggeschickt würden, er solle mich nur zu einem Genossen begleiten, der die Sache besorge, wofür ich ihm die Adressenliste abschreiben lassen würde. Und führte ihn auf einem Umwege zur Stadt heraus. Draußen prägelte ich ihn dermaßen durch, daß ihm für fernerhin derartige Unternehmungen gewiß vergehen werden, auf seinem Rücken wird er seinen schändlichen Auftraggebern die Wege zeigen können, welche der „Sozialdemokrat“ ins Reich macht. Noch bemerke ich, daß der Hallauke sich auch erkundigte, über welches Thema Liebkecht in Schloß Boden referirt habe.

Mit Gruß!

Chr. Waiblinger.

Bravo!

Wie die Parteigenossen urtheilen.

Nach sechswöchentlicher Unterbrechung gehen wir heute wiederum daran, die Zuschriften der Genossen über die Haltung des „Sozialdemokrat“ zu veröffentlichen. Wir glauben nimmere diese Rubrik abschließen zu können und werden eventuelle weitere Zusendungen je nach ihrem Charakter im Korrespondenzheft, Sprechsaal oder an sonst geeigneter Stelle zum Abdruck bringen. Nachdem wir die Diskussion einmal eröffnet, glauben wir keine Stimme aus Parteikreisen, seien es anerkennende oder tadelnde, unterdrücken zu dürfen.

Da die Zuschriften sämtlich zustimmende sind, so seien uns einige Bemerkungen dazu gestattet. Die Redaktion glaubt diese Zustimmungen nur auf die vorliegende Frage, d. h. auf die prinzipielle Beurtheilung der Situation und Stellung unserer Partei, beziehen zu sollen. Die Genossen stimmen mit uns überein, daß wir rücksichtslos über unsere Gegner, über die Volksbedrucker und Volksbetrüger, die Geißel des Hohus, der Satire und vor Allem der Entrüstung schwingen, dem Haß der Unterdrückten und Geknechteten ebenso wie ihrem Rauegefühl Ausdruck geben sollen.

Um den Ansprüchen, welche nach den verschiedensten Richtungen hin an dasselbe gestellt werden, gerecht zu werden, muß das Parteiorgan nach unserer Ansicht folgendermaßen bestellt werden: Zunächst ein allgemein agitatorischer Artikel, die wirtschaftlich-soziale Lage des Volkes, die schlechten Einrichtungen der heutigen Gesellschaft besprechend und auf die Nothwendigkeit der sozialen Revolution hinweisend. Dann ein parteipolitischer oder auch polemischer Artikel, Briefe über die sozialistische Bewegung in anderen Ländern und dergleichen. In der Rundschau sollen die für uns interessanten Vorgänge im öffentlichen Leben in drastischer, dem Charakter unserer Partei entsprechender Weise besprochen werden, das Zeichnen der Schilderung geschichtlicher u. Ereignisse, der Erörterung der doktrinären Fragen und dergleichen gewidmet sein. Der Korrespondenzheft, durchaus nicht der unwichtigste, liefert ein Bild der Stimmung unter den Genossen, und für sonstige Bedürfnisse dienen dann der Sprechsaal und die Spezialrubriken. So soll das Parteiorgan beschaffen sein, und unser Bestreben ist es, dieser Aufgabe zu entsprechen.

Noch ein Wort über den Wunsch nach einer wissenschaftlichen Beilage. Wir glauben, daß eine solche mehr Schwierigkeiten machen würde, als die Genossen sich vorstellen. Wirklich wissenschaftliche Arbeiten lassen sich nicht kommandiren, und für Bewässerungen unserer schon vorhandenen Broschürenliteratur können wir uns nicht begeistern. Naturwissenschaftliche, geschichtliche u. Fragen können ja größtentheils noch im Reich erörtert werden und werden auch erörtert, für die Beilage bliebe also die Aufgabe, das sozialwissenschaftliche Gebiet eingehender zu behandeln, als Raum und Charakter des Parteiorgans es diesem gestattet. Solche Arbeiten aber wirken nach unserer Ansicht viel besser, wenn sie in selbständigen Broschüren, als wenn sie bruchstückweise in einer Beilage erscheinen. Man bedenke nur, welche Unzuträglichkeiten es z. B. zur Folge haben muß, wenn einmal eine Partie solcher Beilagen den Schnapphähnen in die Hände fällt. Eine Vernehmung unserer Broschürenliteratur erscheint uns dagegen sehr zeitgemäß. Manches mittlerweile Veraltete könnte doppelt ausgemergelt werden.

Dies vorausgeschickt, lassen wir jetzt die Zuschriften folgen:

An die Redaktion des „Sozialdemokrat“.

Werthe Genossen!

Die hiesigen Genossen sehen es als ihre Pflicht an, ihre Anschauungsweise bekannt zu geben, welche dieselben zu der Haltung des Parteiorgans einnehmen! Wir sind mit der Haltung resp. Ausdrucksweise des Parteiorgans voll und ganz einverstanden, denn, wenn man, wie wir im preußisch-deutsches Reich, mit so viel Rückerschuldigkeit, Freiheit und Gemeinheit zu kämpfen hat, läßt es sich doch wunderbar an, wenn wir unsere elende gegnerische Stippstich mit Sammetpöhtchen angreifen wollten. Nein! Auf alle Schlechtigkeit derselben gehört eine Ausdrucksweise, als seien wichtige Keulenschläge; ja wir wünschen, daß unsere Vertreter im Reichstag eine schärfere Sprache führten, denn da ist der einzige Ort, wo die Schandthaten unserer machthabenden Hallunken an den Franzger gestellt werden können.

Die Dresdner Parteigenossen.

Im Auftrage der pflanzlichen Abonnenten des „Sozialdemokrat“ soll ich der Redaktion die vollste Anerkennung für Haltung und Schreibweise ausdrücken.

Mögen alle Halben und Feiglinge sich zurückziehen, damit mehr Klärung in die Sache kommt! Gruß!

„Nach stattgehabter Rücksprache mit den Genossen unseres Kreises“; erkläre ich im Auftrage derselben, daß wir die Schreibweise des „Sozialdemokrat“ nicht nur billigen, sondern für ganz dringend erforderlich halten. Die akademische Diskussion ist heute für uns nicht Hauptzweck, wennschon wir dieselbe aus dem Parteiorgan nicht verbannt sehen möchten. Es gilt in der Sprache des Volkes zu schreiben, und offen auszusprechen, was Tausende und Abertausende in Deutschland beim Lesen der Schändlichkeiten, wie sie sich vor unsern Augen abspielen, denken aber nicht sagen dürfen.

Vom Main.

C. Th.“

Kall bei Köln, 12. März 1882.

Berehrliche Redaktion des „Sozialdemokrat“! Die hiesigen Genossen können es nicht unterlassen, auch ihre Meinung bezüglich der Unterstellungen und „Krautereien“, die sich in letzter Zeit im „Sozialdemokrat“ breit machen, auszusprechen. Die Meinung läßt sich dahin formuliren, daß wir mit der Redaktion vollständig einverstanden sind und deren Schreibweise uns vollständig konvenirt. Wir sind mit dem Artikel des Herrn J. Diehgen auch der Meinung, daß „revolutionäre Kraftphrasen“ ebenfals am Platze sind wie „gemäßigte Form des Ausdrucks“.

Die Kaller Genossen wenden sich dann gegen die vielen Krautereien, die sich im Parteiorgan noch breit machen, die vielen Erklärungen, Erwiderungen u. Schaden der agitatorischen Wirkung bedeutend, und äußern fort:

„Daß der „Sozialdemokrat“ eine revolutionäre Sprache führt, das liegt eben in den jetzigen Verhältnissen, die wahrhaftig nicht mit Glacehandschuhen angepaßt werden dürfen. Nur so fortgefahren!“

Wir sprechen uns ferner für eine wissenschaftliche Beilage aus, damit der „Sozialdemokrat“ hauptsächlich ein Agitationsblatt bleibt, dann ist für „gemäßigte Form des Ausdrucks“ und auch für „revolutionäre Kraftphrasen“ geforgt.

Allen Genossen möchten wir aber empfehlen, die „inneren Streitigkeiten“ möglichst zu vermeiden und der Redaktion das Leben nicht sauer zu machen, oder man besetze dieselbe mit päpstlichen Unschickbarkeitskandidaten.

Resolution.

„In Erwägung, daß die sozialistische Arbeiterpartei eine revolutionäre ist, der gegenüber alle anderen Parteien nur eine reaktionäre Masse sind, haben die von der Partei gewählten Vertreter dem heutigen Klassenstaat gegenüber eine energische, den Interessen und Bestrebungen der Partei entsprechende Stellung zu nehmen.

In fernerer Erwägung, daß es Pflicht und Aufgabe des Parteiorgans ist, neben den Interessen der Partei, die Gefühle und Anschauungen der Parteigenossen zum Ausdruck zu bringen, spricht der Kommunistische Arbeiterbildungsverein, 49 Tottenham Street in London, seine volle Zustimmung zu der Haltung und Schreibweise des „Sozialdemokrat“ aus und wünscht, daß das Organ in dieser Weise fortfahren möge, den Maßregelungen und Verfolgungen gegenüber die Stimme des Protestes zu erheben, die Massen durch Aufklärung und Aufbedung der Schamwirthschaft zu überzeugen und den Geist zu revolutionären, um der heutigen schmachvollen Knecht- und Ausbeuterthät ein baldiges Ende zu setzen.“

London.

Im Auftrage: G. Lemke.

Aus Philadelphia schreibt Genosse Grobpietsch im Namen verschiedener dortiger Genossen:

„Wir sind mit Ihrem Artikel „Entweder — oder“ ganz und voll einverstanden; — wir lieben kein Versteckenspielen, unsere Farbe ist roth.“

Aus New-York schreibt Genosse Carlson, Ausgewiesener aus Altona: Immer so tapfer wie sonst. Nehmen Sie nur keine Notiz von der „Objektivität“.

Aus Altenburg schreibt Genosse Ehr. Hädlich, Ausgewiesener aus Leipzig u. K.:

„Es sei vorausgeschickt, daß ich voll und ganz auf dem Standpunkt der Redaktion stehe, der Artikel in Nr. 6 „Nieder mit“ u. s. ist die schärfste Antwort auf das Geschreibsel derer, die sich an die Redaktions der Fortschritt- und Volkspartei hängen, es ist unter solchen Umständen unbedingt nötig, daß das Banner, welchem wir folgen, hoch getragen wird und nicht verhält, weil man fürchtet, es könne vom Wetter leiden — ich bin aber auch überzeugt, daß H. und B. diesen Standpunkt theilen, und als Abgeordnete zum Reichstag erst recht daran festhalten müssen; ich denke, man kann ohne Hoffmannianen und Rottke Revolutionshauswurzerei doch recht gut den prinzipiellen Standpunkt wahren, das Volk verflort so schon genug; wenn nun auch noch unferseits zum Retiro geblasen werden soll, dann hört schon Alles auf. Die Redaktion hat nur darauf zu achten, daß ihre wahrheitsgetreue Berichte zugehen und nicht solche, welche ein Desavoué notwendig machen, wie dies neulich die Dresden der Fall war. Wir müssen auch als „Bogel-freie“ unsern Charakter wahren dürfen, und wenn wir noch so sehr verleumdet werden, den Feinden nur mit wahren Thatsachen dienen. Die Vertheidigungsrede des „rothen“ Becker dürfte als Zeugnissen eine recht gesunde Lektüre sein; wenn möglich, bringen Sie dieselbe, zur Freude der „Alten“ und zum Nutzen der „Jungen“.

Ferner liegt uns noch ein Brief eines Genossen aus einem kleineren Orte Westdeutschlands vor, in welchem es am Schluß heißt:

„Eigentlich ganz unnötiger Weise erlaube ich mir, Ihnen noch zu versichern, daß Sie in der neulichen Polemik über die zu führende Sprache ganz Recht haben. Diese ewige Vor-, Um-, Nach- und Rück-sichtnahme führt zu nichts, und es ist gewiß kein Grund vorhanden, Brutalitäten anders als gebührend zu behandeln.“

Rechtlich sprechen sich noch Genossen aus Berlin, Kassel, Magdeburg und Plauen aus.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 5. April 1882.

— Wie Schant's aus? Eine ereignisreiche Woche ist es, über die wir heute zu berichten haben, und erfreulicherweise lauten die meisten Ereignisse günstig für die Sache der Unterdrückten, bedenklich, höchst bedenklich aber für die Sache der Volksheinde.

Am 30. März, am Tage bevor in Kronstadt der die Revolutionäre Suchanoff, von den Augen der zarischen Warden durchbohrt, sein der Befreiung des russischen Volkes geweihtes Leben ausathmete, gelang es einem Gefinnungsgenossen in Odessa, das russische Volk von einem Bluthund schlammiger Art, dem Generalgouverneur Strelnikoff, zu befreien. Strelnikoff war ein in jeder Beziehung verabscheuungswürdiges Subjekt, feige, hinterlistig und grausam. In den Projekten, die er gegen unsere russischen Genossen führte, beantragte er, bevor noch die Attentate gegen Alexander II. stattgefunden hätten, schon fets den Tod, was bei der Zusammenziehung der russischen Gerichtshöfe so gut wie

*) Offenbach-Dieburg.

das Todesurtheil war. Offinoffi, gegen den nichts vorlag, als daß er mit dem Exekutivkomitee in Verbindung stand, Davidson, Sophie Fischer von Herzfeld u. A. sind die Opfer seiner heiligen Neutralität. Ebenso insam benahm sich Strelnikow bei den Judenheiden. Heimlicher Schüler derselben, bewachte er, als sie zum Ausbruch kamen, amtlich jene perfide Neutralität, die für die erregten Massen einer direkten Unterstützung gleichkam. Den späteren Prozeß gegen die Räubersführer benutzte er, um, der Erste, die offizielle Parole zur Austreibung der Juden zu geben. Neuerdings war er in Kiew einer sozialistischen Verbindung auf die Spur gekommen, deren Häden bis nach Odessa reichten. Er ließ in selbst für Rußland unerhörtem Maße Massenverhaftungen vornehmen — denn ohne die That er nicht — und war noch Odessa gereist, um eine Anzahl braver, ehrenhafter Menschen auszuwählen. Die längst verdiente Rüge erreichte ihn jedoch, ehe er sein schändliches Vorhaben ausführen konnte. Fluch seinem Andenken!

Die kühnen Männer, welche ihr Leben auf's Spiel setzten, um ihre Vorkämpfer zu rächen und ihre Mitkämpfer vor dem Bluthand zu schützen, sind trotz mühevoller Gegenwehr ergriffen worden, der „Röder“ nach stattgehabter Kriegsgesichtskomödie am 3. April handrechtlich gehängt worden. Bis zum letzten Augenblicke verweigerte er handhaft, seinen Namen zu nennen. Das ist eine Entsetzung, die ihn den größten Helden aller Zeiten an die Seite stellt.

In Petersburg hat das Exekutivkomitee durch öffentliche Plakate, in denen der Jar auf's Neue aufgeföhrt wird, den Forderungen des Volkes zu entsprechen, seine Existenz- und Aktionsfähigkeit dokumentirt. Trotz Ignatieff lebt der Nihilismus!

Die Deutschemiege ist verkommen. Alexander, der vor Angst nicht aus noch ein wußt, will sich für alle Fälle seinen „guten Vater“ Wilhelm warm halten, damit er ihm im Nothfall den Thron vor'm Halben schütze. Da dürfte er sich freilich arg verrechnen.

Indes kann er sich damit trösten, daß nicht sein Thron allein wackelt. Im Süden Europa's, in Spanien und Italien, geht es mit dem Gottesgnadenthum auch gewaltig bergab. In Spanien haben, veranlaßt durch die erhöhten Steuern und den Handelsvertrag mit Frankreich, namentlich in den West- und Südprowinzen großartige Demonstrationen stattgefunden, die zum Theil wider den Willen ihrer Anführer einen offen republikanischen Charakter trugen. Alphons hat zwar schlenkhaft über das revolutionäre „Brutnest“, Barcelona, den Belagerungszustand verhängen lassen, das wird ihm aber nicht viel nützen. Er kann immer seine Koffer packen und nach Wien voranschicken, denn die Spanier lassen nicht lange mit sich spaßen. Seit mehreren Monaten schon verweigern in einer ganzen Reihe von Städten die Gewerbetreibenden rundweg die Zahlung der erhöhten Steuern.

In Italien hat die Feier der sizilianischen Vesper, die unter losloftem Jubel stattfand, zwar keine antiranzenzische, wohl aber verschiedene republikanische Demonstrationen im Gefolge gehabt. Im ganzen Lande ist die demokratisch-republikanische Agitation im rapiden Wachsthum begriffen, was sich auch jüngst bei den Märzemonstrationen gezeigt hat, das italienische Volk, wie das spanische, sehen an dem Beispiele Frankreichs, daß es auch ohne das traditionelle „Raffschwein der Nation“ geht. Und mag man die republikanische Staatsform an sich auch noch so gering ansehnen, so steht doch soviel fest, daß in der Republik das Volk ein viel stärkeres Bewußtsein seiner Macht und Bedeutung gewinnt als in der Monarchie.

In England gelingt es der Regierung mit allen Zwangsmahregeln nicht, der rebellischen Irlands Herr zu werden, vielmehr tragen ihr diese den anfrührerischen Geist in's eigene Land. Die jüngste Betheilei um eine Rüge für den Prinzen Leopold stieß auf starken Widerstand bei dem sonst so loyalen englischen Volke. Die Bradlaugh'sche Eides-Affäre hat auf der anderen Seite das Gute gehabt, die kirchliche Heuchelei der ehrenwerthen englischen „Gefellschaft“ in ihrer ganzen Jammerlichkeit bloßzustellen. Die Abnahme des Kirchenbesuches ist im ganzen Lande eine große.

Freilich darf man sich gerade in Bezug auf England keinen allzu großen Hoffnungen hingeben, es müssen noch sehr viele Streiche fallen, ehe das englische Volk einmal aus seinem allgewohnten Geleise heraustritt.

In Oesterreich herrscht großer Jubel, — d. h. bei den Offizieren — darüber, daß es der losloftigen Uebermacht der österreichischen Truppen gelungen ist, der paar Krivofshianer Herr zu werden, d. h. sie aus ihren Plätzen zu verjagen. Solange die Oesterreicher die eingenommenen festen Punkte besetzt halten, sind sie auch glückliche „Sieger“, sobald sie aber ihre ungeheuren losspieltigen Belagerungen zurückziehen, ist es mit der „Eroberung“ aus. In der Herzoginwa dauert der Kampf noch ununterbrochen fort, die kaiserlichen Aßern ganze Dörfer ein, und die kaiserlichen rächen sich durch grausame Verhimmelungen an Gefangenen und Verwundeten.

Das österreichische Volk hat natürlich blutwenig Interesse daran, ob die „Kroaten“ da unten den Bestand des Habsburgischen Kaiserreichs vergrößern oder nicht. Wer nicht einen Bruder oder Freund unter den Soldaten hat, der kümmert sich überhaupt um den ganzen Hebel nicht. In den Parlamenten wird das alte Intriguenpiel mit abgeschwächten Kräften fortgesetzt, das Volk sieht zu, applaudirt von Zeit zu Zeit — und jaßt immer höhere Steuern.

Die lange noch!

In Deutschland ist das Ereigniß des Tages der Kulturfeste, den die beiden Kulturfreunde, Massenpaat und Pflanzentum, geschlossen. In den Kerzen leuchten sich Beide und weinen vor Schmerz und Freude. Natürlich ist es der Staat, der auf der ganzen Linie nachgeben hat, aber nach Kanossa ist Bismard trotzdem nicht gegangen!

Die Bismardische Jagemaschine, Reichstagmonopol, soll gegen Ende April einberufen werden, um über das Tabakmonopol und Bismard's Straß- und sonstige Projekte zu beraten. Ob die Maschine diesmal nicht den Dienst verlagert wird, ist bis jetzt wirklich noch eine Frage, doch arbeitet der Schmierapparat mit Macht, so daß wir, wenn auch nicht gerade das Monopol, so doch manches andere liebliche Produkt zur Welt befördert sehen werden.

Im Uebrigen sind die bekannnten Polizeischwierigkeiten an der Tagesordnung, allerorts Hausdurchsuchungen, Inhaftierungen, Prozesse. In Berlin sind wiederum 27 Genossen bei einer angeblichen Komiteesitzung betroffen und verhaftet worden. Natürlich konnte nur Verreath im Spiele sein. Die schmutzigen Angeber aber ziehen ihren Jubelstolz ein und sind feckenvergüht ob der Verhaftung und Gehalt ihrer Opfer. Sie haben — leider! — auch keinen Grund dazu!

— Zur Kulturfeindlichkeit der heutigen Gesellschaft, wie wir sie in voriger Nummer kennzeichneten, erhalten wir von einem Genossen aus Hagen folgenden drastischen Beitrag:

Hagen i. W. Wenn unser Abgeordneter, der „große“ Eugen Richter, seinem dreifachen Stimmrecht die fortschrittliche, menschliche, unerschütterliche Heilslehre vorleiert, so ist die „Beförderung der Bildung“ gewöhnlich eine Hauptrolle. Die Bildung soll die Ungerechtigkeiten aus der Welt schaffen, die Bildung soll die hungerigen Massen fassen, die Bildung soll dem Arbeiter Zufriedenheit mit seinem Loos einflößen, die Bildung soll ihm die Zweckmäßigkeit des gegenwärtig Bestehenden demonstrieren, die Bildung ihn befähigen, ein Krupp oder Borsig zu werden, die Bildung soll die soziale Frage lösen und das Zukunftsparadies fortschrittlichen Zuschnittes herstellen. Bildungsvereine, Volksbibliotheken und Fortbildungsschulen sind Eins und Drei und Drei und Eins, geheimnißvolle und unwiderstehliche Mächte des Unglückes, welches als soziale Frage uns auf Schritt und Tritt bedrückt. Und wie wunderbar maßt es der edle Fortschrittspolitiker aus und weiß uns Wunder nach, daß „Bildung frei macht“!

Warum ist Altbekanntes hier wiederholt? Weil soeben in Hagen, der Hauptstadt des Engen'schen Reichthums, das wohlweisliche Stadtver-

ordnetenkollegium beschlossen hat, die bisher bestehende Fortbildungsschule mit Ablauf des gegenwärtigen Schuljahres eingezogen zu lassen. Gründe: Mangelhafter Besuch. Aber woher rühret der mangelhafte Besuch? Auch das kam bei der Berathung zu Tage: weil die Herren Richter ihre Lehrlinge lieber daheim an der Arbeit haben, als in der Schule beim Lernen; mit anderen Worten, weil die Ausbeuter von Kinderarbeitskraft auch nicht eine Stunde verlieren wollen, auf welche sie Beschlag legen können. Arbeiten sollen die Knaben für ihre Meister, arbeiten bis sie schwarz werden, was brauchen die Kanakillen Bildung? Haben etwa „wir“, die Meister, Bildung? Lächerlich, solche Ansprüche!

Und wenn wieder Wahlkampagne sein wird, wird der große Eugen seinem Hagener Stimmrecht abermals Etwas vom allbefruchtenden Segen der Bildung vorzulegen, die diversen Dickschädel dieser Fortschrittspolitiker werden verständnißlos nicken, das Stimmrecht wird seine Schuldigkeit thun und Herrn Eugen für den geschicktesten Kerl der Welt und noch einiger umliegenden Dörfer ansehen.

Recht's Euch, deutsche Arbeiter, und erzählt bei passender und unpassender Gelegenheit, wie die Fortschrittler in Hagen durch „Bildung die soziale Frage gelöst haben“!

— Das deutsche Reichsgericht ist nicht gekommen auf seinen Vorbeeren auszurücken. Es will die Welt keinen Moment darüber im Zweifel lassen, daß der oberste Gerichtshof des glorreichen deutschen Reichs, der leuchtende Hort des Rechts, seinen höchsten Ruhm darin erblickt, der Reaktion die niedrigsten Handlangerdienste zu leisten. Der neueste Streich der Herren Reichsrichter ist, daß sie Stimmzettel für Druckschriften im Sinn des Sozialistengesetzes erklärt haben, deren Vertrieb von den Polizeibehörden auf Grund des Sozialistengesetzes mißthätigen Personen entzogen werden kann. Auf diese Weise ist es der Polizei möglich gemacht — in Dresden 2. A. hat sie das bei der letzten Wahl bereits in ausgedehntem Umfange versucht — allen denjenigen Personen, von denen sie voraussetzt, daß sie beim Stimmzettelauswerfen verwendet werden könnten, im Voraus den Schriftenvertrieb zu entziehen, und so die einfachste Wahlhandlung, ohne die eine Wahl gar nicht denkbar ist, zu hintertreiben. Sage man nicht, das sei eine Ueberreizung: die Polizei werde ihre Gewalt nicht so schamlos mißbrauchen, und wenn auch der Wille vorhanden, so fehle ihr doch das Können, weil ihr sämtliche in Frage kommenden Personen nicht bekannt seien. Das eine ist so falsch wie das andere. Warum soll die Polizei mehr Schamgefühl haben als das Reichsgericht, und von ihrer Gewalt keinen Gebrauch machen, wenn diese vom ersten Gerichtshof des Reichs für „Recht“ erklärt worden ist? Und glaubt man etwa, es sei der Polizei so sehr schwer, eine ziemlich vollständige Liste der zum Stimmzettelauswerfen bereiten und sich eignenden Leute zu entwerfen? In den großen Städten mag es seine Schwierigkeiten haben, auf dem Lande sicherlich nicht. Unter allen Umständen müssen wir darauf gefaßt sein, daß der skandalöse Beschluß des Reichsgerichts bei der nächsten Wahl von der Polizei nach Kräften ausgebeutet wird. Augen wird's freilich nicht; so klug wie die Polizei sind wir sicherlich, und man wird ihr schon ein Schnippen zu schlagen wissen.

„Die „ehrlose Gestattung“, welche dem Beschluß des Reichsgerichts zu Grunde liegt, wird dadurch aber nicht gemildert.

„Abgegeben von jeder Niederträchtigkeit ist diese Entscheidung noch obendrein eine juristische Monstrosität. Unter einer Schrift im Sinne des Sozialistengesetzes sind doch offenbar nur solche verstanden, in denen sozialistische, überhaupt den Betheilten anstößige Tendenzen zu Tage treten können. Ein Stimmzettel enthält aber bloß Namen, und wie kann ein Name an sich, ohne jeglichen Zusatz, eine Tendenz enthalten? Die genannte Person mag Tendenzen hegen, in der bloßen Namensnennung liegt jedoch keine Tendenz. Sonst müßte es auf Grund des Sozialistengesetzes solchen Personen, denen der Schriftenvertrieb entzogen ist, auch untersagt sein, Visitenkarten, Geschäftsanzeigen u. s. m. zu verbreiten.

„Freilich ein Unterschied, sagen sich die Herren Reichsrichter, ist vorhanden: eine Wahl ist eine politische Handlung, und insofern der Stimmzettel zur Wahl einer bestimmten Person anfordert, trägt er unläugbar einen politischen Charakter, und wenn die auf dem Zettel genannte Person unehrlicherischer, unter das Sozialistengesetz fallenden Tendenzen hegt, dann enthält auch die Aufforderung zur Wahl einer solchen Person eine Tendenz, welche unter das Sozialistengesetz fällt.

„Sehr schön, schade nur, daß der Wahlakt ein durchaus geschlichter Akt ist, und daß die gesetzliche Aufforderung zu einem geschlichten Akt nach aller Logik der Welt nicht ungeschlicht sein kann. In seiner reaktionären Wuth ist das Reichsgericht über die Urheber des Sozialistengesetzes und über die bisherige Praxis der reaktionären deutschen Regierungen hinausgegangen, und hat, nicht bloß alle Logik, sondern auch das Gesetz mit Füßen tretend, den Grundsat „festgestellt“, daß die Wahl eines sozialdemokratischen Kandidaten eine ungeschlichte Handlung, und folgerichtig die Empfehlung eines solchen Kandidaten, d. h. die Vertheilung eines seinen Namen tragenden Stimmzettels als eine ungeschlichte Handlung im Sinne des Sozialistengesetzes aufzufassen sei. Ob die Reichsregierung den Rath haben wird, dem Jahresplaktum des Reichsgerichts zu folgen? Jedenfalls wird die Sache in der nächsten Reichstagsession zur Sprache kommen.“

— Ein Erzfeindler ist der Rektor der Breslauer Universität, Birmer. Auf dem Kaiserkommers der „deutschen“ Studenten Breslau's, von dem sich übrigens die überwiegende Mehrheit der übrigen Professoren fern hielten (auch ein Zeichen der Zeit), schwelgte diese „Magnifizenz“ folgenden Wortsinn:

„Was ist das Streben nach Einheit und Freiheit sei glänzend erfüllt. Er (Rektor), der lange Jahre in der „freien“ Schweiz gelebt habe, versichere die Kommilitonen, daß dieselbe weit entfernt sei, ein größeres Maß von individueller Freiheit zu gewähren, als das deutsche Volk genieße seit Kaiser Wilhelm an seiner Spitze stehe.“ — „wer reiche an innerem Werth und Erhabenheit des Charakters an Kaiser Wilhelm heran? Deutschland hat viele edle Fürsten gehabt, aber welcher ist ihm zu vergleichen?“

Und so geht die Bauchschneiderei lustig fort. Ist es da wirklich zu viel gesagt, was wir in einer der letzten Nummern behaupteten, daß diese Jammerreden zu jedem Akt niedriger Unterwürfigkeit bereit sind? Und das hat noch die Unverschämtheit, von Charakterbildung zu reden!

— Der verfluchte Schnaps! Wilhelm ist schon wieder unbillig und hält das Bett.

— Volksparteiliches. Der Schwabenreich des Herrn Herte ist doch selbst vielen vorkparteilichen Freunde zu stark geworfen. Im Stuttgarter Beobachter wird der Herr Sanft, im Offenburger „Volksecho“, einem überhaupt mit anerkennenswerthem Freimuth redigirtem Blatt, derb abgekanzelt.

Lehterer schreibt: „Soeben ist erschienen ein Tableau, welches die sieben Schwaben, nemlich die Volksmänner im Reichstag 1881, darstellt. Vielleicht hat der Lithograph den Hinen davon gerade in dem Momente aufgefaßt, wo er in Ritten einer reaktionären Tafelgesellschaft einen Toast auf sein verblaßtes Ideal nach 35 Jahren ausbringt. Kauft Bilder!“

Ein häßliches Stückchen der „Volkspartei“ wird aus Mannheim berichtet. Dort hatten die Herren eine große öffentliche Versammlung einberufen, um gegen das Tabakmonopol zu protestiren. Natürlich waren die Arbeiter in Massen erschienen, und Genosse Dreesbach erhielt denn auch das Wort, damit ein möglichst einstimmiges Votum erzielt würde. Nun ist doch soviel klar, daß Bismard das Monopol nur will,

um mehr Geld für den Militarismus herauszuschlagen, eine Resolution nur gegen Monopol (und Tabaksteuererhöhung) ist also eine Halbheit, weshalb Dreesbach auch folgenden Zusatz zur Resolution einbrachte:

„In fernerer Erwägung, daß das indirekte Steuerwesen schon so ausgebildet ist, daß es wie ein drückender Alp auf dem Volke lastet, beschließt die Versammlung, die Reichstagsabgeordneten, speziell den Reichstagsabgeordneten Kopper aufzufordern, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß es eine neue Steuer, bezw. Steuererhöhung, gleichviel welcher Art, abgewendet und die Regierung aufgefordert werde, besonders am Militärbudget Ersparnisse einzutreten zu lassen.“

Diese sicherlich nicht revolutionäre Resolution erregte den bestigsten Widerspruch der Mannheim's „Demokraten“. Was da gefordert werde, sei zwar ganz recht, es stehe auch auf dem demokratischen Programm, aber — man dürfe dem Abgeordneten keine Direktion geben, meinte der „Demokrat“ Herr.

Und trotzdem Genosse Mai ihnen die Nothwendigkeit dieses Zusatzes noch einmal eingehend nachwies, stimmten die Herren Demokraten bei der Abstimmung heldenhaft gegen denselben, das heißt gegen eine Forderung ihres eigenen Programms. Außerdem begingen die Herren trotz des Protestes unserer Genossen in der Furcht vor diesem schrecklichen Zusatz die Tölpelci, die Hauptresolution vor demselben zur Abstimmung zu bringen, und zwangen somit unsere Genossen, sich zunächst der Abstimmung zu enthalten, während es sich doch darum handelte, ein einstimmiges Votum zu erzielen.

Nicht wahr, das sind nette Demokraten, die es für unpassend halten, ihrem Abgeordneten eine Direktive zu geben?

— Ein netter Kunde ist auch der Zigarrenhändler Sahm in Frankfurt a./M., Borchheimerstraße. Der ehrenwerthe Herr, ehemals Leutnant, hatte sich im Jahr 1877 etablirt und durch die Unterstützung unserer Genossen eine selbständige Existenz geschaffen. Vor einiger Zeit nun bot sich dieser Patron einem Genossen in Frankfurt a./M. als Adressat für Postsendungen an. Da Nichts gegen Sahm vorlag, so ging der Betreffende darauf ein. Kaum aber war eine Kiste mit Schriften u. dgl. bei ihm eingetroffen, so hatte der Edel nichts Schlimmeres zu thun, als zur Polizei zu laufen, dieser die Kiste anzuzeigen und ihr außerdem zwei Arbeiter, welche nach derselben fragten, in die Hände zu liefern.

Kein Zweifel, daß der cholese Babe zu diesem Schurkenreich vom Herrn Kumpf, dem aus dem Leipziger Hochverrathprozeß jarrillam bekannten Ökonom des „Zeugen“ Horsch, gedungen und „im Interesse des Vaterlandes“ anständig honorirt worden ist. Wir müßten aber unsere Frankfurter Genossen schlecht kennen, wenn sie es nicht für Ehrensache hielten, auch ihrerseits dem Retter der Gesellschaft den schuldigen Dank in klingender Münze abzuhatten.

Dem Verdienste keine — Kronen!

— Preussisches aus Baden. Aus Pforzheim schreibt man uns, daß Genosse D. Lehmann, dessen Verurtheilung wir in No. 1 des Sozialdemokrat meldeten, am 27. März seine Haft im Zentralfängnis in Freiburg in Baden angetreten hat. Wir haben schon in früheren Nummern mitgetheilt, in welsch' inwieweit die Ordnungshandhabung in Pforzheim darauf ausgegangen ist, um jeden Preis Genosse Lehmann zu ruiniren. Heute wollen wir aus einem aus vor einiger Zeit zugegangenem Briefe noch Einiges zur Charakterisirung der sauberen Gesellschaft von Staatsrechtern in Pforzheim mittheilen:

„Die Seele aller Schurkerereien ist der hiesige Stadtdirektor Siegel. Derselbe treibt die Sozialistenhater mit solchem Eifer, daß es zuweilen selbst den doch gewiß nicht schuldigen Staatsanwaltern zu arg wird und sie sich, um dem ewigen Drängen zu entgehen, verzeihen lassen. (So haben wir nun binnen Jahresfrist den dritten Staatsanwalt.) Dieser saubere Patron hat z. B. in beschlagnahmte Schriften, die nicht verboten waren, verbotene Druckfächer hineinpraktirt und, als Genosse Lehmann diesen staatsverräterischen Hauber in satyrischer Weise kennzeichnete, durch die ihm untergebenen Polizisten die Sache so hinstellen lassen, daß Lehmann wegen „Beleidigung“ 4 Wochen Gefängnis aufgedrängt wurden. Kehlich erging es Genosse Dittus; demselben hatte ein Polizeidiener Holz gehoben; als Dittus dies, sowie die Thatfache, daß derselbe Polizeidiener Diebstähle Anderer begünstigt hat, an die Oeffentlichkeit brachte und die Sache umsomehr skandalös zu werden schien, auf zur selben Zeit ein anderer Polizeidiener bei einem Metzger einen Schwartensmagen gestohlen hatte, und die ganze Polizei dem Spott der Straßensungen anheimgefallen war, da bot der edle Stadtdirektor alle Mittel auf, um seine Schlinglinge zu retten. Den Metzger wurde geholt, wenn sie ihre Aussagen vor Gericht beschwören, dann würden sie durch die Polizei des Meicids schuldig erklärt werden. Dies half denn auch, und man brachte es fertig, mit Hilfe der stets willkürigen karrierenden Richter Genosse Dittus zu drei Wochen Gefängnis zu verurtheilen. — Daß es hier überhaupt für einen Sozialdemokrat nicht möglich ist, sein Recht zu erlangen, dürfte schon daraus hervorgehen, daß dem Genossen Dittus bei einer Hausdurchsuchung vier nicht verbottene Omnibus-Kalender fortgenommen wurden, und es demselben bis jetzt nicht gelungen ist, solche wieder zu erlangen, trotzdem seitdem ein Jahr verstrichen ist und sowohl beim Stadtdirektor, wie beim Staatsanwalt und beim Amtsrichter die Herausgabe derselben verlangt wurde. So wurden letztes Späthjahr einigen Genossen, ohne daß gegen einen derselben Verleumdung verhängt gewesen wäre, die an sie ankommenden Briefe an das Amtsgericht eingeliefert. Die Sache wurde schließlich durch einen Briefträger verrathen, und als sich die Genossen darüber beschwerten, ließ es einfach, es sei durch Versehen vorgekommen, es treffe Niemand eine Schuld. Ein Brief, eine Faktura für Leder enthaltend, lag 23 Tage auf dem Amtshaus; als Genosse Dittus den Brief forderte, erklärte man frech, es sei kein solcher Brief da. Die Sache war aber, wie gesagt, schon durch den Briefträger verrathen, Dittus wendete sich deshalb an den Volksdirektor, und von diesem wurde unserem Genossen dann auf Verlangen die Bescheinigung ertheilt, daß der Brief seit 23 Tagen auf dem Amtsgericht liege. Auch Genosse Schachinger wurde wegen Verbreitung verbottener Schriften (trotzdem ihm eine Verbreitung nicht nachgewiesen werden konnte) zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt. Derselbe hat die Revision eingeleitet, doch erwarten wir von den Leipziger Richtern auch nichts Besseres als von Andern. Wenn ich den Raum des Parteiorgans noch mehr in Anspruch nehmen wollte, müßte ich noch Gemeinheiten aller Art zu schreiben, ich beschneide mich jedoch darauf, noch mitzutheilen, daß, als der Stadtdirektor in Erfahrung brachte, daß ein Polizeidiener seine Pflichten bei einem Sozialdemokraten anfertigen ließ, er die demselben sofort auf das Strangste untersagte. Der Gedanke, daß die Polizei in sozialdemokratischen Streifen einberede, ist aber auch gar zu schrecklich!“

Soweit dieser Brief. Unterm 30. März wird aus sodann des Weiteren geschrieben, daß der berüchtigte „Sozialrevolutionär“ Christian Raier aus Taggesheim, der schon früher in Stuttgart, Pforzheim, Neuenburg u. Genossen inwieweit denunziert und auf Grund dieser Denunziationen ganz gemeine Erpressungen versucht hat, neuerdings in Pforzheim mehrere schmutzige Drauzitationen verübt hat. Beim Verhör der durch ihn Denunzirten fand der Bürliche hinter dem Stadtdirektor und sagte jedem der Vorgeladenen frech in's Gesicht, was er von dessen Thätigkeit für unsere Sache wußte. Die Erbitterung gegen diesen Schurk unter den Arbeitern in Pforzheim ist so groß, daß sie ihm, sobald sie seiner habhaft werden, die Fähigkeit zu denunziren für immer nehmen wollen. Der Gendarm weiß das auch, und hat sich daher, solange er in Pforzheim war, einsperren lassen, nach verübter Schurkerei aber beschützt von seinem Ökonom Siegel schleunigst nach Schwäbisch-Gmund zurückgegeben. Er wird den dortigen Genossen, oder wohin er sich sonst wenden möge, dringend zur gebührenden Berücksichtigung empfohlen.“

*) Das Signalement des Blatter lautet: Alter 35 Jahre. Größe

— Wer da hat, dem wird gegeben. Die Direktoren und Verwaltungsräte des Baster Bankvereins, schreibt der „Gleichmacher“, erhalten für das letzte Jahr zur ordentlichen Befolgung hinzu noch eine Lantime — Tringeld — von zusammen 332,900 Fr., also für jeden Tag gegen 1000 Fr. Selbstverständlich ist schon die Befolgung eine fette. Außerdem laden die Aktionäre des Instituts eine 10prozentige Dividende, zusammen 800,000 Fr. ein und werden Reservefond und Spezialreserve, welche letztere zur „Ergänzung von Dividenden“ dient, aus dem Gesamtgewinn mit 584,594 Fr. geteilt. Die Herren haben kaum das Bedürfnis zur Auswanderung. „Bleibe im Lande und aktionäre dich reichlich“, mögen die fröhlich singen.

— Italien. Von hier bringen die Zeitungen allerhand Berichte über Unruhen, „Vöbelereien“ und dergleichen. In Süditalien und im südlichen Mittelitalien ist das Elend derart, daß das Volk die Gemeindeführer fürstlich und fürstlich Brod und Arbeit verlangt. Leider enden diese Revolten regelmäßig damit, daß das Militär einschreitet, die „Mädel“ verhaftet, und den Übrigen irgend ein Knochen zum Abwürgen hingeworfen wird. Man darf sie daher nur als ein Symptom betrachten; aus sich heraus eine wirkliche revolutionäre Bewegung zu schaffen, sind sie nicht geeignet. Das Volk ist zu unversichert und das Elend zu groß, als daß eine zielbewußte, auf ein großes Ziel hinarbeitende Bewegung hier auf die Dauer Boden fassen könnte. In den Städten aber, und namentlich bei den etwas besser situierten Arbeitern, macht der Sozialismus große Fortschritte.

— Anarchistisches. Mächtige Revolte, der von Genf aus die ganze Welt mit Weisheit zu verlorger im Stände ist! Da planen die kalifornischen Arbeiter — die angeblichen (wie nett von dem Revolte!) Sozialisten imbegreifen — schon seit Jahren ab, der Massen-Importierung von chinesischen Kull's entgegenzuwirken, um nicht ihre Lebenshaltung auf das gleiche Niveau mit diesen bedürftigsten Existenzieren in Menschengefährdung gedrückt zu sehen — dummes Zeug, ruft der „Revolte“ ihnen zu, mit solchen Maßregeln macht Ihr Euch ebenso verächtlich wie die Bourgeoisie, Eure Pflicht ist es vielmehr, „Alle miteinander, Mongolen und Kaukasier, gegen die Bourgeoisie zu kämpfen, welche aus den Chinesen ein Ausbeutungsobjekt macht.“

Wie einfach! In der That, was kein Verstand der Verständigen sieht, das läßt im Einfall ein kindlich Gemüth.

Wie aber, Ihr Schriftgelehrten des Revolte, wenn der Mongole gegen die Bourgeoisie nicht kämpfen will? Wenn er den Kaukasier als „rothen Teufel“ betrachtet, mit dem er nichts zu schaffen hat? Soll der Letztere dann auch um der heiligen Anarchie willen ruhig zusehen, wie die Bourgeoisie sich dieses menschliche Arbeitsthiere schiffstadenweise kommen läßt, bis auch er durch den Hunger auf denselben Standpunkt herabgedrückt ist?

Darum handelt es sich für die Arbeiter, und sie thun recht, der Bourgeoisie die „Freiheit“ der Chinesenimportierung zu beschneiden.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Korrespondenzen.

— Leipzig, Situationsbericht. Wenn von Leipzig Stadt und Land fast so gut wie gar keine Nachrichten eingegangen sind, so ist daraus nicht etwa zu schließen, als ob wir nicht auf den Posten wären. Im Gegentheil. Die Wahlen haben ja bewiesen, daß auch wir unsere Schuldigkeit gethan, und die Zukunft wird zeigen, daß wir sie weiter thun werden. Die Wahlergebnisse sind allerdings bekannt, und brauchen wir sie nicht nochmals hervorzuheben. Der Wahlkampf selbst wurde geführt, wie er überall da geführt wird, wo Sozialdemokraten auf dem Kampfbühnen erscheinen, mit mehr oder weniger, durch die lokalen Verhältnisse sich notwendig machenden Abweichungen. Die Zeitungen, voran das „Leipziger Tageblatt“, überboten sich in Verehrungen unserer Verehrungen, aus dem Zusammenhang gerissene Zitate aus „Volksstaat“ und „Vorwärts“ wurden ausgeplündert und ellenlange Artikel sollten das Abwürgen der Sozialdemokraten besorgen — halb aber Alles nicht, 3335 Stimmen mehr als bei der Hauptwahl, das war ein Schlag, wie ihn Keiner erwartet hatte! Das lösenämterliche Geschreibsel des „Leipziger Tageblatt“ und der „Leipziger Zeitung“ nach solch einem Siege, kann sich Jeder vorstellen. Unsererseits wurde die Agitation so geräuschlos als nur möglich betrieben, die beim Antragen Verhafteten sind zum großen Theil von Zivilpersonen demangirt worden, der Polizei gelang es nur in wenigen Fällen, Austräger zu verhaften. In all den Verhafteten erblickte die Polizei Komitemitglieder; „Sie sind beim Volkskomitee!“ schallte es Jedem entgegen, wie sich denn die Polizei ganz besonders angelegen sein ließ, des schrecklichen Dings, so sich Komitee nennt, habhaft zu werden. Vergebliches Bemühen! Ganz unversehrt benahm sich die Polizei auf dem Lande, nicht erst bei der Wahl, sondern sofort nach Verhängung des Belagerungszustandes. In Reudnitz versuchte man bei der Landtagswahl uns daran zu hindern, mit Stimmzetteln vor das Wahllokal zu treten. Als Einer der Unfrigen hierauf sofort zum Kreishauptmann ging, wurde ihm eröffnet, er solle sich nur erst verhaften lassen, ehe er Beschwerde einreicht, wie könne man es überhaupt wagen, sich einem Mann anzuschließen, wie den Bebel, der doch ausgewiesen sei. Nun, die Leipziger Polizei hat Bebel ausgewiesen und die Landtagswähler haben ihn hineingewiesen — in den Landtag.

— Die Ausdehnung des 13. Wahlkreises, in welchem Genosse Dieggen kandidirt, erschwerte uns die Agitation sehr, es gehören nicht weniger als 172 Ortschaften dazu, man kann sich daher eine Vorstellung machen, wie die Genossen von Ort zu Ort marschiren mußten und nicht immer bei dem angenehmsten Wetter, denn das einmal piff der Wind, daß er einem das Haar in den Knochen schauern machte, während wir ein anderemal bis auf die Haut durchdringt purkalt waren. Die erschwerte Agitation, die Verfolgung und Einschränkung unserer Austräger, die hantenden Stimmzetteln für den konservativen Diege (Sparig's genialer Gedanke), die Agitation Sparig's für 20 Mark pro Tag, das Bearbeiten der Gemeindevorstände, die da draußen wohnen, weit ab von Leipzig, wo Niemand nachsieht, wie Wahlergebnisse gemacht werden — Alles dies war wohl geeignet, das bekannte Ergebnis der Reichstagswahl im Landkreise herbeizuführen. — Das Flugblatt für die Wahl Bebel's hat uns auch einen Prozeß gebracht, der Drucker des Flugblattes wurde inhaftirt, zu vier Wochen Gefängniß für den Inhalt und einer Woche Haft wegen Gebrauch einer fremden Druckfirma, verurtheilt. In der Hauptverhandlung hob der Staatsanwalt hervor, daß das im Flugblatt Befagte nicht wahr sei, daß weder durch das Sozialistengesetz die Erwerbsfreiheit angehabt, noch das Heimatrecht beschränkt, noch die Willens- und Meinungsäußerung weiter Schichten der Bevölkerung unmöglich gemacht sei. Es sei Jedermann, auch heute noch gestattet, seinen Forderungen und Wünschen auf lokalem Wege Ausdruck zu geben. Durch das Sozialistengesetz seien nur die Befreiungen, welche auf den Umsturz des Bestehenden u. s. w. hinzielen, verboten, das Sozialistengesetz sei nur geschaffen, um damit die Vorbereitung zum Hochverrat zu treffen. Daß dem gegenüber die Vertheidigung, geführt durch Rechtsanwalt Dieggen, durch die Thatfachen unterstützt, den Ausführungen des Staatsanwaltes entgegenzutreten konnte, liegt auf der Hand, denn für die Sozialdemokraten gibt es ja all die schönen Dinge nicht, Erwerbsfreiheit, Heimatrecht und wie sie alle heißen mögen. Ein anderer Prozeß, der früher stattfand, sei hier noch kurz erwähnt. Bei einem Genossen wurde Hausungung vorgenommen und 4000 Nummern des „Sozialdemokrat“ gefunden, wofür er nach 10 wöchentlichen Untersuchungshaft, 13 Wochen Gefängniß erhielt. Der Missethäter ist derselbe,

1 Meter 55 Centimeter. Haare schwarz, etwas gerollt. Bart: schwarzer Anbeidart und dürriger Schnurrbart. Augen grau, starkeres Blau. Statur unterseht. Wasser hat eine rothe, verrostete Nase, trägt eine blaue Brille und blinzelt beständig mit den Augen. Gewerbe: Goldschmied.

von dem Bebel im Landtage mittheilt, daß bei der erwähnten Hausungung der Anführer drei Polizeisten auf denselben kommandirt, im Augenblick als er einen Zettel in verschlungen versuchte, mit den Worten: „Kast den Mund“, worauf diese ihn so lange würgten, bis das Blut aus Mund und Nase herausdrang, und mit dem Blute der Zettel. Die „Leipziger Zeitung“, welche den Auftrag bekommen hat, die Ausführungen des Genossen Bebel bei der Interpellation über die Verhängung des Belagerungszustandes als unwarhaft hinzustellen, hat nachträglich in einem, der Interpellation besonders gemüthlichen Artikel ausgeführt, was den obigen Fall betrifft, so haben die amtlich angefertigten Erhebungen darzutheben, daß an der ganzen Geschichte nur so viel wahr sei, daß der Betreffende geblüht wurde, den Zettel zu verschlingen, und daß der Angeklagte in der wider ihn eingeleiteten Untersuchung niemals Bezug auf die Würgerei genommen habe. Letzteres ist allerdings richtig, aber nur aus dem einfachen Grunde, daß es mit der Anklage an sich nichts zu thun hat. Der Vorfall selbst ist so, wie ihn Bebel geschildert, und daran ändert die Leipziger Zeitung nichts. So wie es mit diesem Fall ist, so mit allen anderen, die sich die Leipziger Zeitung bemüht, als unwarhaft entstellend aufzuführen. Dagegen erwiesen sich verschiedene Ausführungen des Ministers selbst als „unwarhaft oder entstellend“; wir erinnern nur an die Angriffe gegen unsern ausgewiesenen Genossen Fischer-Thonberg, der Mündelgelder unterschlagen und — obwohl Gemeinderathmitglied — seit Jahren keine Steuern bezahlt haben sollte. Nicht nur hat die betr. Person, auf welche die Mündelgeldgeschichte gemünzt ist, selbst nachgewiesen, daß sie nicht mehr zu erhalten hat, Fischer hat auch bis zum letzten Vierteljahr seiner Abreise die Steuer bezahlt, was er durch Zurücksenden der Quittung nachwies. Allerdings bedauert er, daß er einem Staat Steuern entrichtet hat, der doch nur darauf stund, uns zu verachten. Doch à propos, Herr Minister, da wir einmal beim Kapitel der Unterschlagungen sind, wer stellt denn das größte Kontingent zu denselben? Sehen Sie sich doch gefälligst einmal in Ihrer Gesellschaft, unter Ihren Freunden und Bekannten, der ganzen Sippschaft, die zu Ihnen gehört an, lassen Sie sich doch einmal gefälligst die Akten sichten. Sie werden da alte Bekannte wiederfinden, Bürgermeister, Stadträte, Gemeindevorstände u. s. w. Die dummen Kerle, die sich ertrapen lassen, mußten eben ins Zuchthaus, damit sie gewisiger werden, denn die andern, die nicht so idiosyncratisch sind, sitzen heute noch mit „Ehren“ in Amt und Würden!

Wenn vorher gefragt wurde, daß nach Verhängung des Belagerungszustandes die Gendarmen sich höchst gemein und zwar in der praxiokratischsten Weise benahm, so waren z. B. alle Lokale, wo Sozialisten verkehrten, stets von Polizeisten besetzt. Als nach erfolgtem Siege bei der Landtagswahl eine Anzahl Genossen im Restaurant Luchengarten gemüthlich bei einem Glase Bier saßen und ihre Freude über den erzielten Sieg unverholen zum Ausdruck brachten, erschienen alsbald drei Gendarmen mit geladnem Gewehr und 1/2 Duzend Schnapsbühnen in Zivil. Ein andermal sahen 10 Genossen beisammen, um den letzten Abend mit einem Ausgewiesenen zu verleben, bald wurde die Gesellschaft durch vier Gendarmen verunruhigt. In Stötteritz suchten eines Tages vier Gendarmen den ausgewiesenen Gasthofbesitzer Vollmüller in dessen feierlicher Behausung, natürlich vergeblich. Nebenbei bemerkt, wagte sich der Stötteritzer Gendarm allein gar nicht in die Wohnung des Vollmüller, da er ein höchst feiger Patron ist. Am Wahltag war ihm, dem Stötteritzer Gendarm ein Palast unter die Nase, das heißt unter Fenster seiner Wohnung, welche im ersten Stock liegt, gestellt, darob großes Entsetzen bei allen Pflanzern. Das „Leipziger Tageblatt“ brachte darüber ein „Eingeländ“, in welchem gesagt wird, daß die Sozialdemokraten wahrscheinlich ihre Fertigkeiten im Einbrechen hüten zeigen wollen, und daß ja der Hochverratsprozeß Diebstahl mit an den Tag gefördert habe. Ergo seien die Sozialdemokraten Einbrecher und Spitzbuben! Die Stötteritzer Genossen gaben darauf ein Flugblatt heraus, worin sie ausführten, was Spitzbuben, überhaupt Verbrecher aller Art, zu suchen sind. Vorgekommen ist ferner, daß Gendarmen früh 6 Uhr in die Wohnung der Frauen der Ausgewiesenen drangen, und unter heftiger Mißachtung jeden Gefühls von Anstand und Sitte nach deren Ehrenmännern suchten. Es tiefen sich so noch eine Menge Dinge anführen, welche darthun, daß die Polizei ihre „Pflicht“ gegen uns in überdrückender Maße gethan. Aber auch anderes Geschmeiß ist nicht unthätig gewesen. (Fortsetzung folgt.)

— Stuttgart, 27. März. Schreinerstreik. In der hiesigen Möbelfabrik von Gerson u. Weber ist ein Streik ausgebrochen, und haben sämtliche daseibst beschäftigte Schreiner die Arbeit eingestellt. Die Zahl der Streikenden beträgt 45 und ist Jüngling fernzuhalten. Die Ursache der Arbeitsunterbrechung ist die Nichtbewilligung folgender seitens der Arbeiter gestellten Forderungen: 1) Lohnerhöhung von 5—10 Proz. 2) Einrichtung einer genügenden Ventilation zur Reinigung der Luft. 3) Korrektere und schickere Ausführung der feiner sehr mangelhaften Zahlungen. 4) Minimalarbeitslohn für jeden Arbeiter. 5) Einführung von Zahlungsabläufen. Meinung der Werkstätten nach Schluß der Arbeit. In einer großen Schreinerversammlung machten die hiesigen Tischler die Sache des Streiks in der ihrigen und ernannten eine Kommission, welcher die Leitung des Streiks übertragen wurde.

Interessant und bezeichnend für die Arbeiterlage überhaupt sind manche Uebelstände in der Fabrik, welche in jener Verammlung zur Sprache kamen. So sind z. B. manche Afforde so schlecht bezahlt, daß es dann und wann vorgekommen ist, daß Arbeiter, wenn sie an den Lohntagen, die hier nur alle 14 Tage sind, Abzahlungen von 20 Mk. erhalten hätten am Lohnstag, nach Beendigung des Affordes überhaupt ohne Lohn zu Hause gehen mußten. Noch viel häufiger würde dieses vorkommen, wenn nicht die Arbeiter aus jählicher Scham sich der Beendigung ihrer angefangenen Arbeit neue Arbeit anschreiben ließen, worauf sie sich dann Borschuß erbitten, damit es nicht ansteht, als ob sie so wenig verdienen. Ein Redner tadelt mit großem Recht diesen Selbstbetrug der Arbeiter, durch welchen die wirkliche Lage derselben nur noch vertheilert und sie besser hingestellt werde als sie wirklich sei. Der Fabrikant gibt den Borschuß gern, weil er den Arbeiter, der den Borschuß verlangt, bei Abschluß des neuen Affordes besser drücken kann.

Weiter kam zur Sprache, daß vor einiger Zeit die Firma Gerson und Weber bei einer Ausstellung die goldene Medaille erhalten. Wie aber die Arbeiter bei Herstellung der Ausstellungsarbeiten bezahlt und von welchen Gesichtspunkten die Fabrikanten bei Berechnung der Arbeiten geleitet sind, zeigt die Thatfache, daß bei einer anderen Ausstellungsarbeit der Arbeiter wöchentlich 12 Mark verdient, und daß, als derselbe Fabrikanten auf den Hungerverdienst aufmerksam machte, dieser ihm entgegenste: der Arbeiter müsse es sich doch zur Ehre schämen, wenn er Ausstellungsarbeiten herstellen dürfte. Werden die Medaillen, Ehrenbezeugungen und, last not least, der aus der Interfession der Medaillen entspringende Reingewinn in Form von größeren Bezahlungen wohl auch den Berechtigten der Arbeit zufließen? oder steht es nicht etwa der Herr Fabrikant selbst in der Tasche?

Der Streik geht jetzt seinen Gang. Die Firma hatte zwar im Großen und Ganzen die Forderung der Arbeiter als gerechtfertigt anerkannt und bewilligt, stellte jedoch als Gegenforderung die Annahme einer Fabrikordnung, in welcher unter Anderem gefordert wurde, daß der Arbeiter für die Beschädigung und Abnutzung der Maschinen auskommen sollte, da die Maschinen doch dem Arbeiter die Arbeit erleichtern. Nicht erwähnt war aber worden, daß die Affordpreise schon mit Rücksicht auf die Maschinenarbeit vereinbart werden. Dieser unverschämten Forderung gegenüber verhielten sich die Arbeiter natürlich durchaus ablehnend, leider ließen sie sich aber bewegen, von der prinzipiell wichtigsten Forderung, dem Minimalarbeitslohn, abzulassen. Voranschließlich wird der Streik ein siegreicher sein.

— Buenos-Ayres, im Februar 1882. Aus Buenos-Ayres hat der „Sozialdemokrat“ wohl noch keinen Bericht gebracht, der davon Nachricht gebe, daß auch hier die eingewanderten deutschen Sozialisten angefangen haben, sich zu organisiren. Denn bis jetzt bestand hier, wie auch überhaupt wohl auf dem südamerikanischen Kontinent, keine Organisation solcher Art. Wohl gibt es auch schon in Buenos-Ayres Arbeiter-Organisationen, aber diese gehören andern Nationalitäten an und sind gewerkschaftlicher Art, und mit der hier bestehenden Sektion der Internationale, die zum letzten Sozialisten-Kongreß ihr Mandat eingesandt hatte, haben wir noch keine Fühlung, da die Sprache uns noch trennt und ohne diese eine Verständigung doch unmöglich ist. So haben wir denn, nachdem im Laufe des Dezembers mehrfache Vorbereitungen stattgefunden hatten, am Sonntag den 7. Januar d. J. einen Verein gegründet.

Im Akten den daran, daß das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie „Vorwärts“ hieß, und auch zum Zeichen, daß die hiesigen

Parteigenossen nicht Willens sind, die Hände in den Schooß zu legen, nannten wir den Verein „Vorwärts! Unser Verein soll ein Sammelpunkt aller hier lebenden Sozialisten sein, die der deutschen Sprache mächtig sind. Er hat es sich hauptsächlich zur Aufgabe gemacht, die in Deutschland kämpfenden Genossen zu unterstützen; wir waren denn auch schon in der ersten Lage, durch unsern Kassierer Müke die verschiedenen Summen, welche im Parteiorgan quittirt waren, zu den Parteifonds abgeben zu können. Der Verein hat aber auch noch ferner übernommen, etwa hier ankommende Parteigenossen, die sich als solche legitimiren können, soweit es in seinen Kräften steht, mit Rath und That zu unterstützen. Hauptzweck soll dies dadurch geschehen, daß wir denselben so schnell wie möglich Arbeit zu verschaffen suchen. Daß für die politisch-soziale Weiterbildung der Mitglieder durch Vorträge,halten von Zeitungen und Zeitschriften, in erster Linie durch den „Sozialdemokrat“ und „Neue Welt“ und ferner durch Herausgabe gefälliger, sittlich wirkender Vergaltungen gewirkt werden soll, ist bei der Tendenz unseres Vereines selbstverständlich.

Die Bildung eines solchen Vereines war notwendig, wenn man die hiesigen Verhältnisse in Betracht zieht. Die schon länger im Lande lebenden Deutschen sehen die Zustände in Deutschland noch immer durch die Brille von 1870 an, und macht sich deshalb ein sicherlicher sogenannter Patriotismus breit. Diese schiefen Ansichten werden hauptsächlich durch die hier erscheinende, sich als Vertreterin der in den Plata-Staaten wohnenden Deutschen ausgebende „Deutsche La Plata-Zeitung“ verbreitet. Das Organ nähert sich hauptsächlich durch Auschnitte aus dem Weltblatt am Rhein, dessen Inhalt es in durchaus nicht verbesserten Zustände seinen Lesern wiederkauft. Die deutschen Sozialdemokraten sind selbstverständlich nach diesem Blatt die schlechteste Sorte von Menschen, die es überhaupt gibt. Nun, wir werden jetzt, da wir organisiert sind, dem Herrn Chefredakteur, Redakteur Bachmann zeigen, daß die hiesigen Sozialisten nicht mehr gewillt sind, ihre Prinzipien so mit nichts dir nichts verläschen zu lassen. Ja, wir werden unsere Schuldigkeit thun, wie die Parteigenossen in Deutschland bei der Reichstagswahl ihre Schuldigkeit gethan haben. Wir werden mit allen Mitteln für die Aufklärung unter unsern Landsleuten wirken, damit auch hier offenbar werde, welche Schandwirthschaft im neugezeinten Deutschland herrscht.

Unsere Zahl ist allerdings noch klein; aber wir haben die beste Hoffnung, daß sich mit Eröffnung der richtigen Agitation dieselbe bald vergrößern wird; haben wir doch schon Sympathie gewonnen in Kreisen, an die wir bei der Gründung unseres Vereines nicht gedacht hatten.

Der „Sozialdemokrat“, welcher uns hofentlich selbstverständlich d. H. seine Spalten hin und wieder zur Verfügung stellen wird, soll den Genossen von unserm jenseitigen Vorgehen Bericht geben.

Etwa hier ankommende Genossen wollen sich an den Vorsitzenden oder Sekretär wenden, auch sind wir gerne bereit, auf Anfragen über die hiesigen Verhältnisse den Befragenden zu antworten.

Wir brüderlichen Gruß!
Im Auftrage des Vereines:
Der Sekretär Th. Weber. Der Vorsitzende A. Vagly,
Calle Entre-Rios 143. Calle Montevideo 89.
Der Kassier R. Müke.

Letzte Nachricht.

In Biew haben 200 Studenten, zum Theil mit Revolvern bewaffnet, die Freilassung von vier Kameraden verlangt, welche anlässlich der letzten Unruhen an der Universität verhaftet waren. Ein Hoch den Braven!

Briefkasten.

der Redaktion: Robespierre: Brief nebst Einlagen erhalten. Gelegentlich kommt bei passender Gelegenheit zur Vermeidung, Herzlichen Dank. — Chad: R. hat kein Recht, sich zu beschweren. Wir wollen das Parteiorgan nicht zum Organ unserer Schmach herabwürdigen. Und eine Schmach war sein Vorgehen. Darüber übrigens zur geeigneten Zeit. Der sonstige Inhalt Ihres Briefes ist wohl durch unsere letzten Nummern erledigt.

der Expedition. A. B. C. i. Fr.: Nachr. v. 29/3 eingetr. Weiteres besorgt. — B. G. Montreu: Fr. 2. — Ab. 2. Cu. erh. Addr. richtiggestellt. — Hts. Amsterdam: Fr. 2,50 Ab. 2. Cu. erh. — A. B. Ufer: Fr. 2,50 d. Uds. dts. jugen. — O. Schred: Ml. 1,56 i. engl. Marken erh. Msk. „Arb. u. Kap.“ vergriffen. Mehrbflg. zc. vorgem. Hl. am 29/3 mehr. — Ruff: Ml. 50. — à Cto. Ab. gutgeh. Fortschg. angenehm. — F. Joush R. York: Schlußflg. pr. P. 2. v. 18/3 folgt. Weiteres erwart. — F. D. Rhuis Haag: „Ca ira“ leider nicht zu haben. Sonstiges kommt. Gruß! — E. Th. Guzman: Bestflg. v. 13/3 besorgt. Beilage ebens. Rpe. m. h. jetzt dortseil. — F. Sorge Hbn.: Fr. 45. — (abzgl. Fr. 7,50 für 1 Jahr „Arb.“ 82) für F. B. Ab. 2. u. à Cto. Schft. gutgeh. Rota folgt. Gruß! — Kommerzienrath: Alle 8 laufen nach Borschr. — E. J. R. W.: Jede Buchbldg. kann Ihnen das „Disidentengesetz“ schaffen. Willst aus! — Sch. Jug: Dank für Bemühung. Kutrige besorgt. — Untel: Ml. 9. — Ab. 2. Cu. erh. — H. R. Ga.: Ml. 3. — Ab. 2. Cu. erh. — Mercarius: Ml. 5,10 Ab. 2. Cu. u. Schft. erh. Sdg. bewirkt. — Roth Jug: Fr. 2. — Ab. 2. Cu. u. Nachr. betr. Sch. dts. erh. — Peter: Ml. 9,60 i. Pfln. erh. — la. Ga.: Ml. 9. — Ab. 2. Cu. erh. Alles kommt. Gruß! — Kassius: Fr. 2. — Ab. 2. Cu. erh. Gut geplant. Gruß! — F. R. Hbn.: Ml. 3. — Ab. 2. Cu. erh. — Hammerschlag: Ml. 100. — à Cto. eingetr. Warum sonst so Schweigam? — Karlsruhe: Ml. 5,90 dem „t.“ ausb. — A. J. F. Pittsbgh.: Fr. 20. — à Cto. Ab. 2. Cu. am 1/4 über Bremen eingetroffen. — R. R. J.: Fr. 2. — Ab. 2. Cu. erh. — Fahr. Bent: Fr. 10,60 i. Schft. Cto. P. 2. u. B. gebucht. Neuhbn. vorgem. — Karl Lehmann: Ml. 120,75 pr. 4. Cu. u. Schft. benügt. Mehrbflg. u. Hl. folgen. Ml. 3. — löschten wir pr. Agids. — Grimmschlag: Ml. 25. — Eite 245, 46, 47 für „t.“ gel. Hl. abgest. — F. St. Ja.: Ml. 6. — Ab. 2. Cu. erh. — H. B. Hbn.: Ml. 3. — Ab. 2. Cu. erh. Bei Eing. Ihres Bfs. war 14 bereits fort. — W. D. von: Fr. 2,50 Ab. 2. Cu. u. Fr. 1. — pr. Uds. dts. benügt. — Frau Bismard: Ml. 3. — d. Uds. dts. jugen. — Robespierre: Ml. 2,20 Ab. 2. Cu. erh. Beilagen besorgt. — Carl Siegel: Ml. 11. — d. Agids. dts. einverleibt u. Ml. 4,92 pr. Ab. 1. u. 2. Cu. gebucht. — Baumhart G.: Fr. 2. — (Ml. 1,60) Ab. 2. Cu. erh. — (L.): umf. 6,90 pr. Ab. 2. Cu. 3 Expl. u. Schft. erh. Weiterer Nachr. angenehm. — F. B. Ww.: Ml. 2,05 à Cto. Ab. 1. Cu. erh. — Robertien: Fr. 2. — Ab. 2. Cu. erh. — F. R. R. St.: Ml. 3. — Ab. 2. Cu. erh. — W. A. R. St. J.: Ml. 5. — pr. Ab. 2. Cu. Uds. u. Agids. dts. verwendet. — R'ten: Ml. 3. — Ab. 2. Cu. eingegangen. — Tadr. für Dtsch. gibts nicht. Mitthlg. zc. an bet. Adr. durchaus s'cher. — Moriz: Alles abgef. Wunsch beachtet. — W. B. J.: Ml. 3. — Ab. 1. Cu. erh. — Lofar: Ml. 3. — Ab. 2. Cu. erh. 1 1/2 fl. nur Ml. 1,68 Cours. — A. Settenheimer: Ml. 66,90 für 2. Cu. erh. Hl. am 4/4 mehr. — Bern: Dschner ist allerdings die berühmteste, unsaubere Patron Offenbach-Dieburger Wahlangebens. Wohl dem, der ihn — los ist! — Bumbum London: Daß er nicht gleich für Dich geschrippt, mußt Du dem Rath an schenken; Geduld, Geduld, das nächste Mal laß er ja Dich bedenken. Weisheit und Geld sind, wie Du weißt, oft rar, je mehr von Nothen. Auch geht die schönste Theorie in praxi mercklich — idten.

Zur Beachtung!

London Comm. Arbeiter-Bildungs-Verein
49 Tottenham Street, Tottenham Court Road.
Die Wirthschaft des Vereines ist geöffnet von Morgens 9 bis Nachts 12 Uhr. Wir ersuchen die reisenden Genossen auf unsern Adressen zu achten. Der Vorstand.